

Antrag

des Abgeordneten Sebastian Kronenberg und der Freiheitlichen Reformfraktion

Begegnung schafft Partnerschaft - den Bildungs-, Jugend- und Wissenschaftsaustausch mit Kanada stärken

Der Bundestag möge beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Austausch zwischen Deutschland, der Europäischen Union und Kanada stärkt persönliche Beziehungen, wissenschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis. Er trägt dazu bei, gemeinsame demokratische Werte mit konkreten Erfahrungen zu verbinden, dauerhafte Netzwerke aufzubauen und die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Partnerschaft mit Kanada langfristig zu festigen. Die Bundesregierung unterstützt eine möglichst enge Beteiligung Kanadas an geeigneten europäischen Forschungs-, Innovations-, Bildungs- und Austauschprogrammen im Rahmen der jeweiligen Rechtsgrundlagen.

Kanada ist für Deutschland und die Europäische Union nicht nur ein wichtiger Wissenschafts- und Forschungspartner. Auch in der beruflichen Bildung, bei Hochschulkooperationen, in der Jugendarbeit, im gesellschaftlichen Engagement und beim Austausch junger Fachkräfte bestehen erhebliche Potenziale. Persönliche Begegnungen können Sprachkenntnisse, interkulturelle Kompetenzen und berufliche Erfahrungen fördern und zugleich das Verständnis für unterschiedliche Bildungswege, gesellschaftliche Strukturen und politische Kulturen vertiefen.

Bestehende Möglichkeiten erreichen jedoch nicht automatisch alle interessierten Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden, Studierenden, Forschenden, Lehrkräfte und jungen Engagierten. Finanzielle Belastungen, fehlende oder unübersichtliche Informationen, Anerkennungsfragen, sprachliche Hürden, unterschiedliche institutionelle Voraussetzungen und begrenzte Unterstützungsangebote können eine Teilnahme erschweren. Gerade Menschen mit geringeren finanziellen Möglichkeiten, Menschen mit Behinderungen sowie Interessierte außerhalb großer Hochschul- und Wissenschaftsstandorte sind bei internationalen Austauschformaten häufig zusätzlichen Zugangshürden ausgesetzt.

Der Deutsche Bundestag hält es deshalb für erforderlich, vorhandene Programme besser sichtbar zu machen, erfolgreiche Austauschformate auszubauen und den Zugang sozial ausgewogener zu gestalten. Dabei sollen nicht allein akademische Austauschwege betrachtet werden. Auch berufliche Bildung, Schulpartnerschaften, Jugendverbände, Praktika, zivilgesellschaftliche Projekte und

Begegnungen im Ehrenamt können einen wichtigen Beitrag zu einer breiten und dauerhaft tragfähigen Partnerschaft leisten.

Austauschprogramme sollten grundsätzlich auf Gegenseitigkeit ausgerichtet sein und sowohl jungen Menschen und Einrichtungen aus Deutschland als auch aus Kanada verlässliche Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen. Digitale Formate können persönliche Begegnungen vorbereiten, begleiten und nachbereiten, sie jedoch nicht vollständig ersetzen. Entscheidend bleiben unmittelbare Erfahrungen, gemeinsame Projekte und längerfristige institutionelle Partnerschaften.

Die Kultur- und Bildungshoheit der Länder, die Autonomie der Bildungseinrichtungen und die Wissenschaftsfreiheit bleiben unberührt. Maßnahmen des Bundes sollen bestehende Zuständigkeiten und Programme ergänzen, besser miteinander verknüpfen und dort unterstützen, wo bundesweite Information, internationale Koordinierung oder europapolitisches Handeln erforderlich sind.

Ein breiter, inklusiver und dauerhaft tragfähiger Bildungs-, Jugend- und Wissenschaftsaustausch mit Kanada liegt im Interesse Deutschlands und Europas. Er stärkt persönliche Bindungen, eröffnet Bildungs- und Berufschancen und schafft eine gesellschaftliche Grundlage für eine langfristige strategische Partnerschaft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

im Rahmen der Zuständigkeiten des Bundes, unter Wahrung der Kultur- und Bildungshoheit der Länder, der Wissenschaftsfreiheit, des Datenschutzes, der Autonomie der beteiligten Einrichtungen sowie im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel:

1. sich unter angemessener Beteiligung der Länder auf europäischer Ebene für eine stärkere Beteiligung Kanadas an geeigneten Bildungs-, Jugend-, Forschungs- und Austauschprogrammen im Rahmen der geltenden Rechtsgrundlagen einzusetzen;
2. bestehende Austauschmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende, Forschende, Lehrkräfte und junge Engagierte übersichtlich zu erfassen, besser zugänglich zu machen und bestehende Informationsangebote sinnvoll miteinander zu verknüpfen;
3. gemeinsam mit den Ländern, Bildungseinrichtungen und sonstigen zuständigen Stellen zu prüfen, wie die Anerkennung von Studien-, Ausbildungs- und Lernleistungen sowie die Zusammenarbeit von Hochschulen, Berufsschulen und Bildungsträgern erleichtert werden kann;
4. bei Förderprogrammen und Austauschformaten im Verantwortungs- oder Einflussbereich des Bundes darauf hinzuwirken, finanzielle und soziale Zugangshürden abzubauen und insbesondere Reisekosten, Lebenshaltungskosten, Barrierefreiheit sowie besondere Unterstützungsbedarfe angemessen zu berücksichtigen;
5. Jugendbegegnungen, Schulpartnerschaften, Hochschulkooperationen, Praktika und zivilgesellschaftliche Austauschprojekte im Rahmen bestehender oder weiterzuentwickelnder

Bundes- und EU-Programme stärker zu unterstützen und dabei auf eine ausgewogene Beteiligung unterschiedlicher Bildungswege und gesellschaftlicher Gruppen hinzuwirken;

6. bei Programmen im Verantwortungs- oder Einflussbereich des Bundes digitale Formate für Vorbereitung, Sprachpraxis, Projektbegleitung und Nachbereitung auszubauen, ohne persönliche Begegnungen durch reine Onlineangebote zu ersetzen;
7. erfolgreiche bestehende Formate vorrangig auszubauen, Doppelstrukturen zu vermeiden, die Angebote des Bundes, der Länder und der Europäischen Union besser miteinander zu verzahnen und die Zuständigkeiten der Länder sowie die Autonomie der Bildungseinrichtungen zu wahren;

Berlin, den 24. Juli 2026

Sebastian Kronenberg und Fraktion